

Das Kabinett des Schreckens: Welche Fachleute uns demnächst regieren

Betrachten wir das zukünftige politische Spitzenpersonal in Deutschland genauer, dann...ja, dann, wird einem Angst und Bange. Das grüne Kanzler_^{*}Innen-Duo Baerbock und Habeck haben ja schon mehrfach verstörende Einblicke in ihre Nichtkenntnis der Situation im Lande offenbart. Doch jetzt zeichnet sich mit der neuen Linken-Chefin Susanne Hennig-Wellsow ein neuer Stern am deutschen Politiker-Himmel ab.

Bei Markus Lanz saß sie gerade, um - als denkbare „nächste Bundeskanzlerin oder Finanzministerin“ - ihr Steuerkonzept vorzustellen. Lanz kann manchmal so fies sein. Es wurde ein [Desaster](#), das mich aber an ein weiteres Interview der Linksaußen letzstens erinnerte, in dem sie sich zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr äußerte. Die wolle sie als Linke natürlich beenden verkündete sie, wusste aber auf Nachfrage nicht, wo unsere Soldaten auf der Welt derzeit überhaupt im Einsatz sind, wo es Kampfeinsätze gibt, wo humanitäre Missionen stattfinden. Sie wusste im Grunde...nix.

So geht es vielen Leuten, das Problem hier ist aber, dass es inzwischen dank der unterirdischen Low-Performance von CDU und CSU gut sein kann, dass Frau Hennig-Wellsow und die Klimaexperten Baerbock und Habeck zusammen ein Kabinett bilden, wo am Tisch - sozusagen der Höhepunkt - noch Saskia Esken Platz nimmt. Und die werden dann Deutschland nach vorn bringen. Oder so...

GenderGaga unterm Dom: Henriette macht sich zum Horst - Köln ist einfach nur noch lächerlich

Man könnte meinen, in diesen Zeiten hätten politisch Verantwortliche alle Hände voll zu tun, die Corona-Krise zu bewältigen, den Neuanstieg von Infektionen zu stoppen und die sozialen Folgen des Lockdowns durch konsequente Arbeit am Bürger abzufedern. Doch weit gefehlt: Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker und ihre Ratsmehrheit haben nichts Besseres zu tun, als in einem 56-Seiten-Leitfaden für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung GenderSprech einzuführen. Das ist genau so idiotisch, als würde ein Bundesgesundheitsminister in Zeiten rapide steigender Arbeitslosenzahlen und zusammenbrechender Existenzen eine Vier-Millionen-Villa kaufen, oder?

In Kölns Amtsstuben wird jetzt gegendert, was das Zeug hält.

Einwohner werden zu „Einwohnenden“ oder „Inwohner*Innen“, Vater und Mutter sind zukünftig nur noch „Elternteil“. „Lehrer“ heißen nur noch „Lehrkraft“, „Anwaltskosten“ werden zu „Kosten für Rechtsvertretung“ und so weiter. 56 Seiten Handbuch! So ähnlich wie die ZDV bei der Bundeswehr (Zentrale Dienstvorschrift). Zum Denken Helm absetzen!

Man kann das alles machen, wenn man viel Zeit hat und sich keine Sorgen machen muss, weil die arbeitenden Bürger in diesem Land und die Familienunternehmen auch in der Krise brav ihre Steuern zahlen. Und schließlich sind wir selbst schuld, weil wir trottelig wie wir nun einmal sind, auch in den vergangenen Jahren mit unserem hart erarbeiteten Geld all die Gender-Lehrstühle, Gender-Professor_IX*n gesponsert haben. Wie früher in der Berlin die sogenannten „Alternativen Kulturzentren“, wo Extremisten mit dem Geld des Staates aktiv werden konnten, den sie nach erfolgreicher Revolution abschaffen wollen – notfalls mit Gewalt.

Aber wer stoppt eigentlich die Gender-Extremisten, die sich wie ein Krake durch unser Land fressen in jedes Unternehmen, in die Politik, in jede Verwaltung und in die Universitäten und nun auch in die deutsche Sprache? Keine hat Sie oder mich gefragt, ob wir das wollen. Kein Bundestag hat das beschlossen. Sie machen es einfach, die Hanseln in Amtsstuben und Fernsehnachrichten – weil sich keiner wehrt. Wir alle dürfen die Party bezahlen und andere bestimmen, was aus diesem Land wird.

Für eine Schwachsinnsideologie, die nichts mit Gleichberechtigung oder dem Kampf gegen die Diskriminierung zu tun hat, sondern damit, unsere Gesellschaft bis zur Unkenntlichkeit zu deformieren, das Normale, das, was die leider immer noch schweigende Mehrheit der Bürger möchte – zum Beispiel auch Urlaub, Kino und Grillen oder in eine Ostermesse gehen – zu verhindern oder zu verbieten. Und dann noch möglichst viel Staatskohle abzugreifen.

Bleibt zum Schluss noch noch eine Frage: Sagt man jetzt eigentlich Idiotisierende oder Idiot_ *Innenxx?

Leise sein bringt einfach nichts. Blogs der bürgerlichen Mitte wie dieser werden immer größer und immer lauter. Und sie werden AUSSCHLIESSLICH durch die Spenden unserer Leserinnen und Leser finanziert. Bitte unterstützen auch Sie unsere journalistische Arbeit mit Ihrer Spende über PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 !

Das Geld anderer Menschen...

Es gibt Ereignisse, die wiederholen sich immer und sind sicher vorhersehbar. Zum Beispiel, dass ab Mitte Mai die Gräserpollen fliegen und Millionen Menschen Heuschnupfen bekommen. Oder dass jede Saison der Fußball-Bundesliga automatisch mit der Deutschen Meisterschaft des FC Bayern endet. Das sind so Gesetzmäßigkeiten, auf die kann man sich verlassen.

Deutschland ist in einer schweren Krise durch den Lockdown um das Coronavirus. Die Wirtschaft ächzt und kämpft ums nackte Überleben, so dass die Steuereinnahmen – nach fetten Jahren – in 2020 um zehn

Prozent sinken werden. Und das sind 100 Milliarden Euro, die in der (staats-)Kasse fehlen.

Nun meldet sich der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans mit einer überraschenden Idee zu Wort. In einer Zeit, wo es Unternehmen und damit auch vielen Beschäftigten schlecht geht, schlägt er vor, die Steuern zu erhöhen. Na, das ist mal ein Paukenschlag, der unser Land voran bringt. Projekt 10 Prozent läuft.

Wie sagte die beeindruckende frühere Premierministerin Großbritanniens, Margret Thatcher? "Das Problem beim Sozialismus ist, dass Dir irgendwann das Geld anderer Menschen ausgeht..."

Da legen wir gern noch etwas Geld drauf

„Für den Mathematikunterricht benötigt Ihr Kind ab dem kommenden Schuljahr einen graphikfähigen Taschenrechner...“ So beginnt ein aktueller Brief der Schule, die unser Sohn besucht. Mit dem „Taschenrechner-Erlass“ vom 27. Juni 2012 werde die Nutzung solcher Taschenrechner in der Oberstufe verbindlich, erfahren meine Frau und ich und denken: kein Problem, wir haben ja Lernmittelfreiheit. Wenn unser Sohn das so als zwingend notwendig vorgeschrieben bekommt, wird die Schule ihm schon den entsprechenden Rechner zur Verfügung stellen. Doch weit gefehlt. Uns wird mitgeteilt, dass wir entweder exakt diesen Rechner besorgen sollen oder uns einer Sammelbestellung der Schule anschließen könnten. Dann kostet es uns nur 85 Euro. Das Prinzip Lernmittelfreiheit scheint hierzulande einige Dellen bekommen zu haben, und gleich fällt mir ein, was zwischendurch sonst immer noch so zu kaufen ist, Bastelmaterial für den Kunstunterricht etwa, Reclam-Heftchen für das Verständnis der Weltliteratur, und natürlich gibt es auch immer mal die Umlage namens „Kopiergeld“. Bei mehreren Kindern summiert sich das und wirft die Frage auf: Warum müssen wir Bürger, die mit unseren Steuern ohnehin den ganzen Staatsapparat finanzieren, immer zusätzlich berappen, wenn wir etwas brauchen? Warum schließt die angebliche Lernmittelfreiheit nicht alle Lernmittel ein? Oder nehmen Sie etwas, das alle betrifft. Jeder Deutsche muss ein amtliches Ausweispapier haben, ich glaube ab 16 Jahren. Gehe ich zum Einwohnermeldeamt und beantrage einen Personalausweis, muss ich Gebühren zahlen. Mein Sohn hat jetzt seinen Reisepass verlängern lassen, nicht neu beantragt, sondern verlängert. Kostet 59 Euro. Und wie üblich fragt niemand in Deutschland, mit welcher Berechtigung eigentlich die staatlichen Einrichtungen und Mitarbeiter, die wir finanzieren, uns Geld abknöpfen, wenn wir eine Leistung von ihnen haben wollen.

Eine Unternehmerin am Niederrhein erzählte mir einmal, dass sie eine neue Halle für ihren Betrieb gebaut hat. Mehr als 15 Prozent der gesamten vorgesehenen Summe für den Bau ging für gesetzlich vorgeschriebene Gutachter drauf. Zitat: „Da kommen zwei Mann für zehn Minuten, übergeben mit ein Ringbuch mit Formblättern, die ich lesen und beachten soll. Nach zehn Minuten waren sie wieder weg. Dafür musste ich 1.500 Euro bezahlen.“ Wie meistens in Deutschland stellt dieses System niemand in Frage. Es wird schon alles seine Ordnung haben, wir sind ja in Deutschland.